

Resolution SVP Schweiz

Für eine eigenständige und besonnene Aussenpolitik

Mit Sorge beobachtet die Schweizerische Volkspartei die unablässigen Bemühungen des Bundesrates, die Schweiz in die EU zu führen. Es ist unverständlich, dass nach den klaren Abstimmungsergebnissen vom 6. Dezember 1992 (Nein zum EWR) und vom 4. März 2001 (Nein zur EU-Beitritts-Initiative) das EU-Beitrittsgesuch der Schweiz in Brüssel noch immer hängig ist. Tatsache ist, dass die Schweiz nicht glaubwürdig bilateral verhandeln kann, wenn der EU gleichzeitig signalisiert wird, dass die Schweiz der Union früher oder später beitreten will. Damit missachtet der Bundesrat den Volkswillen.

Mit dem Schengener Übereinkommen hat die Schweizer Bevölkerung nun erneut über ein Abkommen zu befinden, welches die Souveränität und Unabhängigkeit der Schweiz empfindlich einschränken und einen EU-Beitritt weiter vorbereiten würde. Die Information des Bundesrates zu den Vor-, aber auch Nachteilen dieses Übereinkommens ist ungenügend, unvollständig und intransparent.

Aus diesem Grund fordern die Delegierten der SVP den Bundesrat auf:

1. Das **EU-Beitrittsgesuch ist endlich zurückzuziehen**.
2. Der Bundesrat soll sich von seinem strategischen Ziel „EU-Beitritt“ lösen und stattdessen ein klares und **glaubwürdiges Bekenntnis zum bilateralen Weg** abgeben. Der bilaterale Weg muss beschritten werden, um den EU-Beitritt zu verhindern – nicht, um ihn vorzubereiten! Es sind nur bilaterale Abkommen abzuschliessen, die der Schweiz und ihrer Unabhängigkeit dienen.
3. Der **Bundesrat hat sich nicht in Abstimmungskämpfe** einzumischen. Abstimmungskämpfe sind Sache der Parteien und Komitees.
4. Der Bundesrat muss endlich lückenlos und transparent über die Ursachen und Folgen für unser Land der **Visa-Affären in der Schweiz und in Deutschland** informieren.
5. Der Grenzschutz darf nicht derart vernachlässigt werden. Der Bundesrat muss endlich einen **effizienten und schlagkräftigen Grenzschutz** sicherstellen.
6. Der Bundesrat hat unverzüglich Massnahmen zu treffen, um die **Propagandaaktivitäten der Verwaltung zu stoppen**. Insbesondere ist die weitere Umsetzung des tendenziösen, durch die Verwaltung ausgearbeiteten „Schengen Info-Konzepts“ zu verhindern.

beschlossen von der SVP-Delegiertenversammlung in Interlaken, 2. April 2005